

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Industrie in der Hauptrolle?

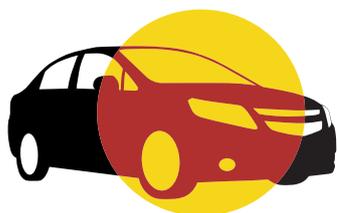
Die Tagesordnung der bevorstehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft ab dem 1. Juli 2020 wird wohl vor allem durch die Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Gesundheit, Soziales und Wirtschaft bestimmt sein. Nur wenige andere Prioritäten dürften daneben noch Platz haben. Dazu gehören die Verabschiedung des nächsten EU-Haushaltes, die Abwicklung des Brexit, der Abschluss neuer Handelsabkommen sowie das Leuchtturmprojekt „Europäischer Grüner Deal“.

Welche Art des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach der Krise wird die Bundesregierung dabei vorantreiben? Wird sie sich den massiven Lobbyaktivitäten von Großkonzernen beugen? Diese fordern derzeit unter dem Stichwort „Coronawashing“, Vorschriften und Regelungen im Namen einer vermeintlich schnelleren Erholung der Wirtschaft aufzuweichen. Wird sie also weiter nach dem Prinzip „business as usual“ verfahren und Rettungspakete für große Umweltverschmutzer und Steuervermeider schnüren? Wem wird die Bundesregierung am Ende Gehör schenken – den zu oft dominierenden Stimmen von Unternehmen und Konzernen, oder denen aus Wissenschaft und der Zivilgesellschaft?

Diese Fragen bleiben vorerst unbeantwortet. Unsere Studie zeigt aber: Zumindest in der Vergangenheit hat die Bundesregierung bei Schlüsselthemen auffallend oft die Interessen von Großkonzernen vertreten. Aktuell ist zu befürchten, dass sie diese Praxis auch während ihres Ratsvorsitzes fortsetzt. Besonders relevant sind in diesem Zusammenhang die Automobilindustrie, die Gasindustrie, Unternehmen aus dem Bereich Big Data, Großkonzerne, die auf Steuervermeidung setzen, und die Pharmaindustrie.

Fallbeispiele der Studie:

- **Automobilindustrie:** Wenn in der EU **CO₂-Emissionsgrenzwerte für Autos** verhandelt werden, entbrennt jedes Mal aufs Neue eine wahre Lobby Schlacht. Und jedes Mal unterstützt die Bundesregierung dabei aktiv die deutsche Automobilbranche. Diese versucht, Vorschriften aufzuweichen und so ihre – bevorzugt großen und schweren – Limousinen zu schützen. Wird die Bundesregierung auch im Rahmen des Grünen Deals weiterhin auf eine bevorzugte Behandlung der Autoindustrie bestehen? Und wird sie sich für spezielle Hilfen für die Autoindustrie als Teil des Corona-Wiederaufbaupakets stark machen? *Beitrag des BUND*



- **Gasindustrie:** Obwohl die Bundesregierung sich gerne als Vorreiterin in Sachen Umweltpolitik sieht, ist insbesondere das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) ein starker Befürworter einer intensiveren Nutzung von **Erdgas** (einem fossilen Energieträger) und des Ausbaus der dazugehörigen Infrastruktur. Auch die Gasindustrie erhält also starke politische Rückendeckung aus Deutschland für ihre Forderungen. In den kommenden Monaten stehen in der EU zahlreiche energiepolitische Entscheidungen an, und das Thema **Wasserstoff** steht ganz oben auf der Prioritätenliste der Bundesregierung. Die Gefahr dabei: Mit immer mehr Infrastruktur, um herkömmlichen Wasserstoff herzustellen, könnte die EU sich auf Jahre auf Gas als zentralen Energieträger verpflichten. [Beitrag der Deutschen Umwelthilfe \(DUH\)](#)



- **Finanzmarktregulierung:** Im Fall der **Verbriefungsverordnung** und der **Taxonomie für nachhaltige Investitionen** – beides EU-Vorhaben zur Regulierung des Finanzmarktes – hat die Bundesregierung ihren Einfluss in Brüssel geltend gemacht, um die beiden wichtigen Verbündeten, Automobil- und die Gasindustrie, zu unterstützen. Nach den Marktturbulenzen in Folge der Corona-Krise wird es umso wichtiger sein, die Finanzmarktregulierung zu erhalten und auszubauen. Doch wird sich die deutsche Ratspräsidentschaft dieser Herausforderung stellen? [Beitrag der Bürgerbewegung Finanzwende](#)

- **Steuern:** Viele multinationale, darunter auch deutsche Konzerne verschieben ihre Gewinne in Steueroasen, und wehren sich entsprechend gegen eine transparentere **Finanzberichterstattung**. Mit Unterstützung der Bundesregierung ist es diesen Unternehmen und ihren Verbänden gelungen, Bestrebungen dieser Art in der EU zu blockieren. Besorgniserregend sind aber auch die widersprüchlichen Signale der Bundesregierung zur **Digitalsteuer** an Internetgiganten wie Google. Gerade jetzt, wo die öffentlichen Haushalte aufgrund der Corona-Pandemie massiv unter Druck geraten, wäre der ideale Zeitpunkt, um Steuertransparenz durchzusetzen und gegen Steuervermeidung vorzugehen. [Beitrag des Netzwerk Steuergerechtigkeit und Corporate Europe Observatory \(CEO\)](#)

- **Digitalbranche:** Die deutsche Wirtschaft hat der **ePrivacy-Verordnung** der EU den Kampf angesagt – und dafür im BMWi einen aktiven Unterstützer gefunden. Seit Jahren wird die Verordnung im Rat der EU blockiert, ohne dass sich die Mitgliedsländer auf eine gemeinsame, fortschrittliche Position für mehr Datenschutz einigen können. Hier wird ganz entscheidend sein, wie sich die deutsche Ratspräsidentschaft zu ePrivacy, aber auch generell zu digitalen Freiheitsrechten positioniert. Nicht zuletzt die vermehrte Nutzung von Track-and-trace-Anwendungen im Zuge von Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie sowie die Stärkung der Digitalisierung während des Lockdowns machen das Thema wichtiger denn je. [Beitrag von Corporate Europe Observatory \(CEO\)](#)

- **Chemieindustrie:** Deutsche Chemiekonzerne wie Bayer und BASF sind wirtschaftliche Schwergewichte, die beträchtlichen Druck auf Berlin und Brüssel ausüben, damit diese ihre Produkte möglichst wenig regulieren – egal, ob es um **hormonaktive Substanzen** oder das umstrittene Pestizid **Glyphosat** geht. [Beiträge von Coordination gegen Bayer-Gefahren \(CBG\) und BUND](#)

- **Fischerei:** Eine mächtige Unternehmensgruppe dominiert die deutsche **Hochseefischerei**, sie hegt enge Verbindungen zu politischen Entscheidungsträger*innen. Die Fischindustrie profitiert nicht nur von beträchtlichen EU-Zuschüssen, sie **sitzt sogar mit am Tisch, wenn Fangquoten verhandelt werden**. Trotz der Corona-Pandemie müssen Ende 2020 die Fangquoten für 2021 festgelegt werden. Und auch bei den Verhandlungen über die künftigen Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich dürfte das Thema Fischerei vermutlich eine hohe Symbolkraft haben. [Beitrag von Our Fish](#)



- **Pharmaindustrie:** Die deutsche Bundesregierung hat vor Kurzem durch eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes die Möglichkeit geschaffen, die Kontrolle über **Arzneimittel und Impfstoffe** von Privatunternehmen zu übernehmen, sofern dies nötig werden sollte. Dies ist eine wichtige Vorsichtsmaßnahme im Angesicht einer Pandemie. Aber wird sich die deutsche Ratspräsidentschaft gegen den Widerstand der Pharmaindustrie auch auf EU-Ebene für einen solchen Ansatz einsetzen? [Beitrag von Corporate Europe Observatory \(CEO\)](#)



- Im Hinblick auf die Themen **Lobbytransparenz und ausgeglichenen Zugang zu Interessenvertretern** überwiegen in Deutschland die Schattenseiten. Während Lobbytransparenz in Deutschland quasi nicht existiert, verfügen die Bundestagsabgeordneten immerhin über weitreichende Informations- und Mitwirkungsrechte in Bezug auf die Entscheidungsfindung der Bundesregierung zu EU-Themen. Auf EU-Ebene hat sich Deutschland jedoch bisher geweigert, die zögerlichen Reformversuche, um die Entscheidungsfindung im Rat transparenter zu gestalten, zu unterstützen. Und das, obwohl Transparenz und Rechenschaftspflicht in der politischen Entscheidungsfindung in Zeiten der Klima- und Corona-Krise so wichtig sind wie nie zuvor.

Beitrag von LobbyControl und Corporate Europe Observatory (CEO)

Zu den wichtigsten Erkenntnissen der Studie gehören:

Häufige Einflussnahme gegen klimafreundliche Maßnahmen: Während Deutschland sich oft seiner Vorreiterrolle im Kampf gegen den Klimawandel rühmt, zeigen die hier besprochenen Fallbeispiele das Land in einem anderen Licht. Die systematische Unterstützung der deutschen Automobil-, Gas-, Chemie- und Fischindustrie schwächt erheblich den Anspruch der Bundesregierung, ein Klima- und Umweltpionier zu sein.

Schlüsselrolle für das Wirtschaftsministerium: In den Fallstudien fällt auf, wie oft das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) unter Minister Peter Altmaier entscheidenden Einfluss nimmt. Minister Altmaier nutzt die Schlüsselrolle des BMWi häufig, um die Bundesregierung frühzeitig im Sinne von Konzerninteressen zu positionieren, nicht selten zum Nachteil des öffentlichen Interesses. Davon profitieren unter anderem die Großkonzerne der deutschen Automobil- und Gasindustrie sowie der Verlagsbranche.

Die Exportindustrie – der Heilige Gral der deutschen Wirtschaft: Obwohl dem deutschen Exportüberschuss von vielen Seiten eine destabilisierende Wirkung auf die europäische und die globale Wirtschaft nachgesagt wird, ist die deutsche Exportindustrie so etwas wie der Heilige Gral der deutschen Wirtschaft. Damit lässt sich teilweise auch die starke politische Unterstützung der Forderungen von Bayer und BASF sowie der Automobilindustrie erklären. Multinationalen Konzernen spielt auch die Positionierung der Bundesregierung in steuerrechtlichen EU-Initiativen in die Hände.

Privilegierter Zugang zu Entscheidungsträgern: In den Fallbeispielen zeigt sich vielfach, dass vor allem große Unternehmen einen privilegierten Zugang zur Bundesregierung genießen, während dies für die Zivilgesellschaft oftmals nicht gilt. So wurde beispielsweise die Gasstrategie der Bundesregierung zunächst komplett hinter den Kulissen erarbeitet, bis einige NGOs zufällig davon Wind bekamen. In Sachen ePrivacy gab das BMWi eine Studie zur Abschätzung der wirtschaftlichen Folgen des Gesetzesentwurfs für die deutsche Werbebranche in Auftrag. Diese Studie stützte sich hauptsächlich auf die Meinung der Wirtschaft. Und auch Vertreter der deutschen Fischindustrie genießen Zugangsprivilegien: Sie können an offiziellen EU-Verhandlungen zu Fangquoten teilnehmen, während NGOs der Zutritt verwehrt bleibt.

Intransparenz nutzt Unternehmenslobbys: Mit der EU-Ratspräsidentschaft übernimmt Deutschland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Der Rat der EU ist die undurchsichtigste aller EU-Institutionen. Dadurch entsteht ein ernsthaftes Demokratiedefizit. Denn diese Undurchsichtigkeit verhindert, dass die Öffentlichkeit in den Mitgliedsländern ihre jeweilige Regierung zur Rechenschaft über deren Entscheidungen in EU-Angelegenheiten ziehen kann. Und sie spielt den Großkonzernen in die Hände. Denn diese verfügen über die Kapazitäten, Ressourcen, Netzwerke und Möglichkeiten, um an die nötigen Informationen zu gelangen und ihre Interessen in den politischen Prozess einzuspeisen. Zivilgesellschaftliche Akteure, die nicht über vergleichbare Ressourcen verfügen, können da nicht mithalten.

Forderungen

- 1. Die EU-Ratspräsidentschaft darf Konzerninteressen nicht über das öffentliche Interesse stellen.** Es muss **Schluss** sein **mit** privilegierten Zugängen großer Konzerne und **einseitigen Klüngelrunden** mit mächtigen Lobbygruppen. Wir brauchen offene, transparente und ausgewogene Debatten. Dabei gilt es **viele Stimmen anzuhören**, gesellschaftliche Anliegen gegeneinander abzuwägen und auch **besonders auf diejenigen zuzugehen, die keine mächtigen Lobbyapparate haben** – und zwar auch über die Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hinaus.
- 2.** Im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft muss Deutschland sich für eine **Reform der EU-Gesetzgebungsverfahren** einsetzen, insbesondere mit Blick auf **mehr Transparenz** in der Ratsarbeit. Ebenso braucht es aber mehr Transparenz in **Deutschland**: Ein **verpflichtendes Lobbyregister für Bundestag und Bundesregierung**, eine **legislative Fußspur** sowie die **Veröffentlichung von Lobbytreffen** der Minister*innen und hohen Beamten.
- 3. Das deutsche Modell, das dem Bundestag Mitwirkungsrechte bei EU-Fragen gewährt**, sowie ähnlich progressive Modelle aus anderen EU-Staaten, **sollten als Vorbild für andere EU-Länder dienen**, in denen Parlamente mit weniger weitreichenden Rechten ausgestattet sind.
- 4.** Auch EU-Bürger*innen sollten das Recht haben, sowohl über **Entscheidungen ihrer Regierung in EU-Angelegenheiten** informiert zu werden als auch **selbst ihre Meinung dazu abzugeben**. Die Bürger*innen dürfen nicht länger aus diesem Prozess ausgeschlossen werden.

Mehr dazu lesen Sie in "Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Industrie in der Hauptrolle?" Unter:

<https://www.lobbycontrol.de/studie-eu-ratspraesidentschaft>

<https://corporateeurope.org/en/Taintedlove>